

Aufruf an die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion, die Ukraine substanziell und strategisch zu unterstützen

Der Fachausschuss für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung der SPD Berlin (FA I), das größte basisdemokratische außenpolitische Gremium der SPD, sieht die Notwendigkeit eines deutlichen Wandels in der deutschen Reaktion auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine als auch in der Ausrichtung der gesamten Außen- und Sicherheitspolitik. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir das Grundsatzpapier der Kommission Internationale Politik und fordern darüber hinaus die Formulierung und Kommunikation der langfristigen Ziele der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, die nur im europäischen und transatlantischen Kontext gedacht und gelebt werden können.

Das Ziel aller Unterstützungsmaßnahmen muss die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine in den Grenzen von 1991 sein.

Nur die Ukraine selbst entscheidet als souveräner Staat, unter welchen Bedingungen und wann Waffenstillstands- bzw. Friedensverhandlungen mit Russland aufgenommen werden.

Der russische Angriff auf die Ukraine betrifft zuvorderst die Menschen dort und sie erleben großes Leid. Aber der von Wladimir Putin vom Zaun gebrochene Krieg ist auch gegen das rechtsbasierte internationale Ordnungssystem gerichtet und bedroht fundamental und langfristig deutsche und europäische Interessen sowie unsere territoriale Unversehrtheit. Dieser Krieg ist ein Angriff auf die universellen Werte und Ideen von Freiheit und Demokratie. Es ist ein Krieg gegen die Charta der Vereinten Nationen. Präsident Putin hat in seinen pseudo-historischen Abhandlungen klar gemacht, dass in seinen Augen immer das Recht des Stärkeren gelten solle. Das hat Konsequenzen von globalem Ausmaß. Nicht zuletzt verursachen die durch den Krieg gestörten Nahrungsmittelexporte viele Tote und verstärken Fluchtbewegungen und gehen insbesondere zu Lasten des Globalen Südens.

Die deutschen Reaktionen auf den Angriffskrieg Russlands sehen sich vielfältiger Kritik ausgesetzt. Zwar werde substanzielle Hilfe geleistet, aber oft geschehe das zu spät, zu zögerlich und sei nur getrieben durch den Druck der internationalen Partner.

Der russische Angriffs- und Vernichtungskrieg legt das Dilemma der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik offen. Wir haben nicht nur das Ende der Scheckbuchdiplomatie erreicht, sondern müssen uns auch als SPD von sicher geglaubten Glaubenssätzen, wie Wandel durch Handel, verabschieden.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die umfassenden außen- und sicherheitspolitischen Debatten, welche Bundesregierung und SPD u.a. durch den Prozess der Nationalen Sicherheitsstrategie und das Papier der Kommission Internationale Politik des Parteivorstands angestoßen werden. Diese inhaltlichen Initiativen müssen durch effektive Reformen der außen- und sicherheitspolitischen Strukturen in Richtung effizienterer Abstimmung und Entscheidungsfindung sowie den steten Austausch mit Expert*innen aus Praxis, Forschung und Zivilgesellschaft ergänzt werden.

Seit dem 24. Februar 2022 ist geraume Zeit verstrichen. Deutschland hat seither viel getan, um der Ukraine humanitär, politisch, wirtschaftlich und militärisch zu helfen. Die

41 Bundesregierung hat es jedoch versäumt im Zusammenspiel mit den europäischen Partnern
42 eine führende Rolle bei der Koordination der militärischen Hilfe einzunehmen. Denn vor
43 allem muss die militärische Unterstützung dringend erhöht und langfristig ausgebaut und
44 verstetigt werden. Die Entscheidung, auch Kampfpanzer zu liefern, ist richtig und notwendig,
45 aber sie erfolgte spät und weitere substanzielle Hilfe ist notwendig. Weitere Verzögerungen
46 sind nicht tragbar.

47 Entscheidungen müssen gut durchdacht, aber auch aufgrund ihrer Dringlichkeit getroffen
48 werden. Der russischen Aggression können wir jedoch nicht mit langen Debatten begegnen.
49 Politische Führung und klare Verantwortung sind das Gebot der Stunde, sowohl national als
50 auch international. Eine umfassende Unterstützung an die Ukraine ist notwendig.

51 Wir fordern deshalb, dass

- 52 1. Deutschland und seine Verbündeten schnellstmöglich die Ukraine verstärkt mit allen
53 benötigten Waffen, Ausrüstung und Munition unterstützen, um den Abwehrkampf
54 der Ukraine zu ermöglichen von Russland annektiertes Territorium zu befreien, um
55 die territoriale Integrität von 1991 wiederherzustellen,
- 56 2. die Lieferungen an benötigtem Gerät an die Ukraine auch aus aktiven Beständen der
57 Bundeswehr erfolgen (das ist prekär, aber leider eine Notwendigkeit),
- 58 3. die Ausbildung der ukrainischen Soldat:innen ausgebaut, beschleunigt und besser mit
59 den Partnern koordiniert wird,
- 60 4. die Bestände an Großgerät bei der Industrie umgehend instandgesetzt und
61 außerdem Rüstungsgüter und Munition nachbestellt und produziert werden,
- 62 5. die Bundesregierung im europäischen Konzert eine führende Rolle einnimmt bei der
63 Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Rüstungs- und
64 Abschreckungsstrategie, um sich selbst langfristig vor Russland zu schützen, aber
65 auch um die Ukraine kontinuierlich und strukturiert mit militärischem Gerät
66 auszurüsten,
- 67 6. die Erhöhung des Sondervermögens, um die eigene Verteidigungsfähigkeit zu
68 erhöhen sowie das kontinuierliche Einsetzen für einheitliche europäische
69 Waffensysteme,
- 70 7. Deutschland sinnvolle diplomatische Initiativen, wie etwa das Getreideabkommen,
71 weiter unterstützt und ausbaut, wo es möglich ist sowie eine verbesserte
72 Kommunikationsstrategie seitens der Bundesregierung, die bei Partnern Vertrauen
73 schafft und der Bevölkerung die außenpolitischen Ziele erklärt. Ebenso fordern wir
74 eine umfassenden Evaluierung und Neuaufstellung der außen- und
75 sicherheitspolitischen Kommunikation der SPD: ggü. internationalen Partnern, aber
76 insb. auch ggü. der deutschen Bevölkerung.

77 Zuletzt gilt mit aller Deutlichkeit festzustellen, dass es mit großer Wahrscheinlichkeit ein
78 Ende dieses Krieges nur durch Verhandlungen geben kann. Eine wichtige Rolle könnten
79 dabei die Vereinten Nationen spielen. Aber die Ukraine kann nur dann Verhandlungen auf
80 Augenhöhe führen, wenn sie stark ist und ihre territoriale Integrität wiederhergestellt ist.
81 Dafür benötigt sie in erster Linie Kriegsgerät.

82 Dies ist keine Abkehr von Diplomatie, sondern viel mehr das Möglichmachen eben dieser.
83 Die russische Regierung hat klar zu erkennen gegeben, dass sie an einer diplomatischen
84 Lösung nicht interessiert ist, indem sie weiterhin an ihren Kriegszielen festhält und verstärkt
85 zivile Ziele angreift.